

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 58 (1964)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : Öffnung nach links in den USA? ; Die Schwenkung der Sowjetpolitik ; Der Zerfall der NATO ; Abgewerteter Sozialismus ; Folgen der Amerikanisierung ; Weltplan und Abrüstung
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140941>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tung zu entdecken beginnen, eine wertvolle Bibliographie sein. Vor allem aber gibt der Katalog auch die Möglichkeit, die großen Lücken in den Beständen der Bibliotheken aufzufüllen. Der Katalog ist nicht zeitgebunden, da der Büchersuchdienst immer wieder in der Lage ist, vergriffene Titel aufzutreiben. Er wird auf schriftliche Anforderung bei Pinkus & Co., 8001 Zürich, Froschaugasse 7, kostenlos zugeschickt.

WELTRUNDSCHAU

Öffnung nach links in den USA? Beim Rückblick auf das scheidende Jahr erweist es sich, daß die wichtigsten politischen Ereignisse, die es gebracht hat, erst in den beiden letzten zwei oder drei Monaten eingetreten sind. Wir denken dabei besonders an den Sturz Chruschtschews, an die Bildung einer Labourregierung in England und an die Bestätigung von Präsident Johnsons Kurs durch den «Volksentscheid» vom 3. November. Die volle Auswirkung gerade dieser Ergebnisse auf den Weltlauf wird darum erst nach längerer Zeit sichtbar werden; immerhin läßt sich schon heute erkennen, daß sich eine eigentliche *Wendung der internationalen Lage* anbahnt, die, wenn vollzogen, von außerordentlicher Tragweite sein kann.

Beginnen wir mit der neuen Lage in den *Vereinigten Staaten*. Ist es wirklich eine neue Lage? Viele behaupten es. So glaubt der Washingtoner Korrespondent des Londoner «New Statesman» (13. November) feststellen zu dürfen, daß «ein Land ohne eine politische Linksbewegung mit eindrucksvoller Mehrheit für eine Wendung nach links gestimmt hat». Und zwar nicht nur indem es sich für einen Präsidenten und Vizepräsidenten ausgesprochen habe, die auf Gerechtigkeit für die Neger, Abschaffung der Armut, Ausbau des Wohlfahrtsstaats, Überwindung der Wohnungsnot, Bundeshilfe für die Schulen usw. festgelegt seien, sondern indem es auch bei den Wahlen der Gouverneure der Einzelstaaten, der Bundessenatoren und der Abgeordneten linksgerichtete Kandidaten bevorzugt und dem Präsidenten eine zuverlässige Mehrheit in der Bundesversammlung für die Durchführung seines Reformprogramms gegeben habe.

Soweit ganz recht. Aber man darf eben auch nicht vergessen, was Johnson vor dem Wahltag gesagt hat: «Am 3. November ist die Entscheidung, die die amerikanischen Wähler zu treffen haben, nicht eine solche zwischen rechts und links, konservativ und liberal oder auch nur zwischen demokratischen und republikanischen Ansichten. Es ist eine Entscheidung zwischen der Mitte und dem Rand.» Und die «Mitte» — das ist eben eine wirtschaftliche, soziale und politische

Ordnung, die von rücksichtslosem Geld- und Machtstreben beherrscht wird, die mit innerer Notwendigkeit Not und Armut breiter Volksschichten erzeugt, die wirtschaftliche Stockung — nach Jahren einer fieberhaften Ausdehnung — gebracht und eine Arbeitslosigkeit von gegen zehn Prozent verschuldet hat, die Volksgesundheit, Volksbildung und soziale Sicherheit verkümmern läßt und mit der Negerfrage trotz allen Fortschritten «am Rand» im Kern doch nicht fertig werden kann. Es ist eine Ordnung, die in der Weltpolitik vom kurzichtigsten Antikommunismus beherrscht ist, die überall die reaktionärsten Kräfte begünstigt, in Vietnam den schmutzigsten Krieg führt und die Länder Lateinamerikas als ausschließliches Jagdgebiet für nordamerikanisches Kapital betrachtet.

Sicher ist es notwendig, all diesen Übeln gründlich zu Leib zu gehen, und ebenso sicher sind unter den 44 Millionen Johnson-Stimmen viele, die eine ausgesprochene «Öffnung nach links» wünschen und sie von der neuen Regierung auch erwarten. Aber wo sind die organisierten Kräfte, die Johnsons Regierung der «Mitte», hinter der die geballte Macht des amerikanischen Kapitalismus und die Masse der von ihm geblendeten Durchschnittsamerikaner stehen, zu einem wirklichen, kühnen Linkskurs zwingen könnten? Alle Hoffnungen auf eine Sammlung der Linkgruppen gründen sich, wie der «National Guardian» (Neuyork, 7. November) schreibt, auf die zunehmende, aber eben noch viel zu wenig weit verbreitete Erkenntnis, «daß all die radikalen und linksgerichteten Bestrebungen eng miteinander verknüpft sind, daß keine von ihnen irgendeine wirkliche Erfolgsaussicht hat ohne zusammengefaßten Kampf gegen den Kalten Krieg und für einen Fortschritt im Ringen um politische Freiheiten, wirtschaftliche Wandlungen und Negerrechte. Jeder wache Negerführer erkennt jetzt, daß die Ziele der Freiheitsbewegung — Gleichberechtigung und Arbeitsplätze — nicht erreicht werden können ohne Kampf um Arbeitsplätze für alle und Wohnraum genug für alle, und daß dies *allergründlichste wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen* erheischt. Ein wesentliches Kennzeichen der hoffnungsvollen Übereinstimmung der radikalen Bewegung muß sein, daß sie ihre Ziele außerhalb und nicht als Bestandteil des offiziellen Amerika zu erreichen suchen muß. Auf Regierung und Bundesversammlung muß ein Druck im Sinne grundlegender Umgestaltungen, nicht bloßer Reformen oder sinnbildlicher Gebärden ausgeübt werden.»

Wie weit die Linksbewegungen und radikalen Gruppen in den Vereinigten Staaten noch von dieser Wirkungskraft entfernt sind, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Erwartungen der liberalen Amerikaner, die Johnson einen Auftrag für eine wirkliche Herumreißung des Steuers nach links geben wollten, werden darum unfehlbar enttäuscht werden, sofern sie nicht gar zu bescheiden sind. Es wird unter Johnson *im Grund* bleiben wie unter Kennedy, namentlich auch in der Außen-

politik, und man muß schon zufrieden sein, wenn es nicht schlimmer herauskommt als bisher, wenn also die eindrucksvolle Befestigung der Macht der Johnson-Regierung sie nicht zu der Annahme verleitet, sie könne sich jedes gewaltmäßige Auftrumpfen mit den ungeheuren militärischen Mitteln der USA leisten, da ja die große Mehrheit des amerikanischen Volkes unter allen Umständen mit ihr gehen werde . . .

Die Schwenkung der Sowjetpolitik In Washington ist man auf alle Fälle entschlossen, *den Kalten Krieg* gegen die sozialistischen und kommunistischen Länder fortzusetzen, vielleicht sogar zu verschärfen. Gegen Kuba zum Beispiel werden die Sperr- und Einkreisungsmaßnahmen weitergeführt, die das Regime Castro stürzen sollen. Mit ähnlichen Mitteln soll die Befreiung Britisch Guyanas von der Kolonialherrschaft und seine Entwicklung zum Sozialismus verhindert werden. Im Kongo macht Amerika ebenfalls gemeinsame Sache mit den Kolonialisten und mit ihrem Werkzeug, dem unmöglichen Tschombe. Daß die Vereinigten Staaten die Bestrebungen auf Sprengung des Sowjetblocks mit allen als zweckmäßig erscheinenden Mitteln unterstützen und besonders eng mit der verhängnisdrohenden Ostpolitik der Deutschen Bundesrepublik verbunden sind, ist von Johnson und seinen Mitarbeitern erneut wieder unmißverständlich festgestellt worden. In Südostasien — Vietnam, Laos usw. — erwartet man sogar schon für die nächsten Wochen einen «großzügigen» Vorstoß der amerikanischen Armee, der recht wohl China auf den Plan rufen könnte. Und dann wird höchst wahrscheinlich die Sowjetunion anders als nur mit unernsten diplomatischen Protesten auf die Seite Chinas treten. Denn das ist ja, wie immer klarer wird, eine der bedeutsamsten Folgen von Chruschtschews Ausschaltung, daß die Sowjetunion *auch weltpolitisch wieder mit China gemeinsame Sache machen wird.*

Die chinesischen Angriffe auf die Politik Chruschtschews waren gewiß gehässig übertrieben. Daß Chruschtschew, wie noch letzthin die Pekinger «Rote Fahne» behauptete, vor dem westlichen Kapitalismus und Imperialismus die Waffen gestreckt und den revolutionären Freiheitskampf der Kolonialvölker zu ersticken versucht habe, daß er China verraten und mit Amerika zusammen dessen Verteidigungskraft erpresserisch zu lähmen unternommen habe — diese und ähnliche Beschuldigungen werden Chruschtschews Wollen und Wirken sicher nicht gerecht. Aber ein gutes Stück Wahrheit steckt — wie hier immer wieder gesagt wurde — dennoch in ihnen. Chruschtschew ist mit seiner Politik der Verständigung mit Amerika *um jeden Preis* auf dem Weg der westöstlichen Entspannung bestimmt zu weit gegangen. Er verkannte die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, mit allen Mitteln ihrer riesigen Militär- und Geldmacht den Sozialismus und Kommunismus zu vernichten, auf bedenkliche Weise und hatte mit seiner Koexistenzlösung alles in allem auch wenig Erfolg. Die Zusam-

menarbeit mit Amerika ging unter Chruschtschew größtenteils auf Kosten der Sowjetunion, Chinas und der anderen unterentwickelten Völker — und das empfand man in China immer bitterer. Es trieb aber andererseits die Chinesen nur um so stärker zu harter Selbstverteidigung an. Wie der keineswegs zum Kommunismus neigende französische Journalist Robert Guilian in «Le Monde» zutreffend bemerkte: Ein Volk, das nicht nur mit der Isolierung fertig wurde, die ihm die Macht Amerika aufzwang, sondern auch mit dem schweren Schlag, den der Bruch mit Moskau (die jähe Abberufung der russischen Techniker und die Einstellung aller sowjetischen Hilfe) für dieses bedeutete, ist überzeugt, daß es jedes Hindernis zu nehmen vermag. Die Atombombe wird für dieses Volk ein Sinnbild dafür sein, daß es sich aus eigener Kraft aus allen Schwierigkeiten herauszuarbeiten imstand ist.

In Moskau hat man das allmählich doch auch gemerkt. Freilich erst, als der auf die Spitze getriebene Streit mit Peking die Gefahr einer heillosen Zerrüttung der ganzen kommunistischen Weltbewegung in nächste Nähe rückte. So entschloß man sich, Chruschtschew zu opfern, nachdem man ihn zuvor selbst gegen die Chinesen scharf gemacht hatte. Ob die neuen Machthaber nun aus Überzeugung oder einfach aus taktischer Berechnung gehandelt haben — Tatsache ist jedenfalls, daß es mit der Koexistenzpolitik im Stile Chruschtschews aus ist und im Kreml eine planmäßige Wiederannäherung an China ins Werk gesetzt wird. Die Westmächte und ihre Trabanten werden die Folgen bald zu spüren bekommen. Die Sowjetunion wird sich mit neuem Eifer für die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen einsetzen, ist doch ohne China kein Fortschritt zu Abrüstung und Friedenssicherung, vor allem in Ost- und Südostasien, möglich. Sie wird sich erst recht nicht als amerikanischen Rammbock gegen China mißbrauchen lassen, sondern mit China zusammen dem Kampf gegen den westlichen Imperialismus auf allen Fronten neu organisieren — vorsichtig zwar, das ist sicher, aber doch folgerichtig. Schon jetzt ist es bezeichnend, daß — worauf Wilfred Burchett im «National Guardian» (7. November) hinweist —, daß die heftigsten Klagen über Chruschtschews Sturz aus der *indischen* Presse kommen, hat doch die Sowjetunion mächtig zu Indiens militärischen Rüstungen gegen China (und Pakistan) beigetragen, dabei allerdings auch unter den asiatischen und afrikanischen Völkern viel Ansehen eingebüßt. Auch in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 4739) wird mit Besorgnis festgestellt, daß Breschnew, nach dem Staatspräsidenten Mikoyan nun der erste Mann in der Sowjetunion, in seiner Rede zum Jahrestag der Oktoberrevolution die Reihenfolge in der Rangordnung der außenpolitischen Grundsätze Moskaus in auffallender Art geändert habe: «An erster Stelle rangiert nun die Sorge um die Einheit im Weltkommunismus, an zweiter Stelle steht die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, und erst an dritter Stelle folgt die friedliche Koexistenz mit den kapitalistischen Ländern.»

Was für Wirkungen die Schwenkung der sowjetischen Außenpolitik auf Westeuropa haben wird, bleibt abzuwarten. Daß sie aber zu einer Neueinstellung der westeuropäischen Länder gegenüber dem nun auch wieder China umfassenden Ostblock einerseits, den Vereinigten Staaten andererseits beitragen wird, ist schon jetzt wahrscheinlich. Nicht daß de Gaulle einfach den Ruf «Los von Amerika!» sich offen zu eigen machen würde, obwohl sich die französische China-Politik längst von der amerikanischen Politik der Nichtanerkennung Chinas losgesagt hat und Frankreich auch gegenüber der Sowjetunion — zum Beispiel durch langfristige Kredite für Moskau — eine betont andere Haltung einnimmt als die übrigen Westmächte. Wenn aber der französische Staatspräsident in seiner Straßburger Rede vom 22. November Westeuropa vor der Auslieferung an «eine Macht» — eben die USA — warnte, die mit ihm zwar befreundet, aber doch in einer anderen Welt gelegen sei; wenn er sich nicht scheute, ein Gesamt-Europa ins Auge zu fassen, in dem neben den «freien» auch die kommunistischen Länder Platz hätten, so ist das doch ein derart klares Abrücken von dem westdeutsch-amerikanischen Antikommunismus, daß man in der Bundesrepublik mit Recht Angst vor der Notwendigkeit hat, sich eines Tages entweder für die Zusammenarbeit mit Frankreich oder für die Verstärkung des Bündnisses mit Amerika zu entscheiden. Vorderhand behilft man sich noch mit Formeln wie der von Fritz Erler am Parteitag der westdeutschen Sozialdemokraten gebrauchten: «Es gibt keine europäische Gemeinschaft ohne Frankreich, aber auch keine europäische Sicherheit ohne die Vereinigten Staaten von Amerika.» Allein sehr lang wird sich die Bonner Politik um die Erkenntnis nicht herumdrücken können, daß de Gaulle — wie nationalistisch und konservativ seine politische Gesamtschau auch sein mag — doch vollauf recht hat, wenn er Amerika aus der europäischen Politik ausgeschaltet haben will, und daß darum Westdeutschland nur um so sicherer in einen Zusammenbruch hineingerissen werden wird, je länger und enger es sich an die Vereinigten Staaten bindet. Das Durcheinander in Bonn und Umgebung ist schon jetzt groß genug; wollen es die blinden Blindenführer, die in der Bundesrepublik große (und dabei so kleinliche) Politik machen, wirklich vollends auf eine dritte deutsche Katastrophe ankommen lassen?

Der Zerfall der NATO Die Gegensätze und Spannungen, die im Schosse der Westmächte bestehen und sich in den letzten Monaten immer mehr verschärft haben, spiegeln sich auf besonders eindrucksvolle Art in den jüngsten Auseinandersetzungen über die sogenannte *vielseitige Atomstreitmacht* (Multilateral Force, MLF) wider. Die MLF ist zwar bis jetzt nur ein britisch-amerikanischer Plan, der ursprünglich zwischen Kennedy und Macmillan vereinbart wurde als eines der Mittel, um den längst brüchig gewordenen Bund der Westmächte wieder etwas zusammenzuflicken.

Sie hat sich aber inzwischen zu einem derart vordringlichen Streitgegenstand unter den Verbündeten ausgewachsen, daß sie geradezu die ganze Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) zu sprengen droht.

Man erinnere sich, zu welchem Zweck die NATO im Jahr 1949 gegründet wurde: Sie sollte der Abwehr der angeblichen Angriffsabsichten der Sowjetunion gegenüber dem Westen dienen, denen entgegenzutreten die Vereinten Nationen (UNO) unfähig seien, weil sie durch das sowjetische Einspruchsrecht — das berühmte Veto — in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt seien. Churchill, der damals den Westbund beherrschte, hatte es schon in seiner programmatischen Rede von Fulton (1946) und dann wieder (1948 und 1949) in London, Brüssel und Boston deutlich genug ausgesprochen: Solange die Russen nicht auch die Atombombe hätten, müßten die Westmächte den stärksten Druck auf die Sowjetunion ausüben, um sie zu einer Gesamtregelung der hängigen Streitfragen im Sinne der «freien Welt» zu zwingen — nötigenfalls sogar durch einen Präventivkrieg und den Einsatz der amerikanischen Atomwaffe. Soweit kam es dann freilich nicht; die NATO wurde nur als teilweise wirksames, teilweise aber sehr unwirksames Druckmittel gegen die Sowjetunion und den Kommunismus benützt, ging es doch zur allgemeinen Überraschung nur kurze Zeit, bis die Russen *auch* ihre Atombombe und später die Wasserstoffbombe hatten. Außerdem verlor die Propagandabehauptung von der sowjetischen Kriegsdrohung mit den Jahren derart an Glaubwürdigkeit, daß die Daseinsberechtigung der NATO — die durch ein ähnliches Gebilde in Asien, die Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO) ergänzt wurde — erst recht fragwürdig erschien.

All das wirkt sich nun bei den Streitigkeiten um die MLF in konzentrierter Form aus. Der Plan, vorerst einmal 25 Überwasserschiffe zu erstellen, die mit Polaris-Raketen bestückt seien und eine aus verschiedenen NATO-Ländern stammende Mannschaft bekommen sollten, stieß bei den meisten Westbundregierungen auf Widerstand, weil er militärisch wertlos, finanziell aber schwer belastend und politisch gefährlich sei. *Einzig in Bonn* war man begeistert, eröffnete die Absicht, der NATO eine atomare Streitmacht zur Verfügung zu stellen, doch die Möglichkeit, endlich an den «Abzug» der so heiß ersehnten Droh- und Abschreckwaffe heranzukommen, auch wenn die letzte Entscheidung über ihren Einsatz zunächst noch bei Amerika liege. Es ist eben die alte deutsche Krankheit — statt politischer Kompromißlösungen militärische Gewaltlösungen zu suchen —, die sich auch hier wieder offenbart und in den Gehirnen der Bonner Politiker die Vorstellung nährt, die Bundesrepublik könne früher oder später aufs neue die erste Kriegsmacht Europas werden und die Niederlage von 1945 durch Sprengung des Ostblocks wettmachen.

Es ist fast selbstverständlich, daß darum die Sowjetunion gegen

den MLF-Plan andauernd Einspruch erhebt. Seine Verwirklichung, so heißt es in ihrer jüngsten Erklärung, könnte den Westmächten militärisch keinen Vorteil gegenüber dem Ostlager bringen, würde aber zu einer Weiterverbreitung der Kernwaffen und zur Verschärfung des Wettrüstens führen. Besonders bedrohlich sei der Plan deshalb, weil «revanchelüsterne militärische Kreise in Westdeutschland Zugang zu Atomwaffen erhielten, Kreise, die ihre Pläne für eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges direkt mit dem Besitz von Atomwaffen verbinden». Hier liege der Kern der ganzen Angelegenheit — und darin hat Moskau sicher nicht unrecht.

Daß die Errichtung der MLF von Grund auf den Vorstellungen widerspricht, die sich die *französische* Staatsführung von dem Verteidigungssystem Europas (Verteidigung gegen wen?) macht, liegt ebenfalls auf der Hand. Die MLF, so stellt man in Paris fest, würde nicht Amerika an Europa binden, sondern Europa an Amerika, das nach dem vorliegenden Entwurf die letzte Entscheidung über den Einsatz der Atomwaffen zu treffen habe. Der MLF-Plan sei jedenfalls durchaus gegen die Bestrebungen und Interessen Frankreichs gerichtet, sei auch unvereinbar mit dem alten Vorschlag des Gaulles für eine Umgestaltung der NATO im Sinn der Schaffung einer Dreierleitung (Amerika, England und Frankreich, das Westeuropa vertrete), in der Westdeutschland keinen Platz habe. De Gaulle scheint entschlossen, seinen Plan für ein eigenes, recht großzügig aufgefaßtes Rüstungssystem unter allen Umständen durchzuführen und ihn nötigenfalls durch eine Volksabstimmung, als Vorstufe zur Präsidentenwahl von 1965, genehmigen zu lassen, das heißt seine NATO-Verbündeten einfach vor fertige Tatsachen zu stellen. Im schlimmsten Fall kann er noch eine letzte Trumpfkarte ausspielen: die Drohung, nicht nur die MLF zum Scheitern zu bringen, sondern auch die ganze NATO lahmzulegen durch Sperrung ihrer Nachschublinien, die — soweit Westdeutschland in Frage kommt — fast alle über Frankreich führen. 40 000 Amerikaner stehen immer noch in Frankreich, um die Stützpunkte zu sichern, die für das Funktionieren dieser Nachschublinien erforderlich sind. Ein Ausweichen über Belgien und Holland wäre unter den heutigen Umständen unmöglich.

Zum französischen gesellt sich nun aber auch der *britische* Widerstand gegen den MLF-Plan, so wie er jetzt aussieht. Die Labourregierung will sich nicht grundsätzlich gegen die Schaffung einer übernationalen atomaren Seestreitkraft aussprechen; sie fürchtet, dadurch gewissen westdeutschen Bestrebungen Vorschub zu leisten, die auf die Errichtung einer bloß zweiseitigen, westdeutsch-amerikanischen Polarisflotte ausgehen. Sie bereitet darum einen Gegenentwurf vor, der in das Vertragswerk Sicherungen gegen einen gefährlichen Einfluß der Bundesrepublik auf den Einsatz der MLF einbauen will, verbunden mit genau umrissenen Vorschriften für die Anhandnahme einer Ent-

spannungs- und Abrüstungspolitik. Der Kern dieser Sicherung soll offenbar darin liegen, daß nicht nur Amerika sein Einspruchsrecht im Fall einer Beschlußfassung über den Einsatz der MLF behalten solle, sondern auch die europäischen Mitgliedstaaten der MLF ein solches Veto bekämen, wobei England eine Vorzugsstellung hätte, die ihm erlauben würde, alles westdeutsche Draufgängertum im Zügel zu halten.

Es mag fraglich erscheinen, ob die Sicherungen, an die man in London denkt, gegebenenfalls auch wirksam wären, und ob nicht — auf jede Gefahr hin — die Ablehnung des ganzen MLF-Planes der sicherste Weg für England wäre, sich vor Überrumpelungen zu schützen. Jedenfalls würde aber der britische Entwurf, sofern er Annahmefände, die westdeutsche Absicht, Amerikas Vetorecht mehr und mehr auszuschalten, ebenso durchkreuzen wie mindestens vorläufig die auch schon erwogenen Pläne, die Deutsche Bundesrepublik mit Frankreich zu einer atomaren Rüstungsgemeinschaft zu vereinigen, die innerhalb der NATO ein Gegengewicht gegen die jetzige Vormachtstellung der Vereinigten Staaten schaffen würde. Wie dem nun sei: schon die Tatsache, daß sich die amerikanische Regierung anlässlich des Besuches Gordon Walkers, des neuen britischen Außenministers, bereit erklärt hat, mit der Inkraftsetzung der MLF zu warten, bis eine Einigung mit England erzielt sei, stellt eine empfindliche Niederlage Bonns dar, das darauf gedrängt hatte, daß die MLF spätestens im Frühjahr 1965 zur Wirklichkeit werde, um auf die Herbstwahlen hin einen großen außenpolitischen Erfolg aufweisen zu können, der mithelfen würde, den Sozialdemokraten den Zugang zur Regierungsmacht zu sperren. Nur ist es freilich auch möglich, daß der englische Vorstoß gerade denjenigen Kreisen in der Bundesrepublik Auftrieb gibt, die eine Zusammenarbeit mit Frankreich in der Rüstungsproduktion erstreben und auf *diesem* Weg — also ohne die MLF — zum Ziel einer westdeutschen Verfügung über Kernwaffen zu kommen hoffen.

Abgewerteter Sozialismus Von der *westdeutschen Sozialdemokratie* irgendwie tatkräftigen Widerstand gegen die Bonner Außenpolitik zu erwarten, die längst wieder einem blinden Nationalimperialismus verfallen ist, wäre groteske Selbsttäuschung. Ihr jüngster Parteitag in Karlsruhe war ganz und gar von dem einzigen Gedanken beherrscht, dessen sie noch fähig ist: Heran an die Macht im Staat — um jeden Preis und mit allen Mitteln! Von Sozialismus war da noch weniger die Rede als schon im Godesberger Parteiprogramm. Die SPD ist jetzt eine «fortschrittliche Volkspartei» (so hieß sich im Kaiserreich zuletzt bezeichnenderweise der linksbürgerliche Freisinn), die fest auf «nationalem» Boden steht und die kapitalistische Ordnung in Gestalt der «sozialen Marktwirtschaft» unzweideutig anerkennt. Auch die Unterschiede, die ihre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik von derjenigen der Partei Erhards

und Adenauers trennen, sind nur solche des Grades, nicht des Grundsatzes. Vollends in der Außenpolitik befürwortet die SPD womöglich noch einen schärferen Antikommunismus — besonders gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik — und eine engere Anlehnung an Amerika als die Regierungskoalition. Kein Wunder darum, daß sie an den Kriegsrüstungen so wenig auszusetzen hat wie an dem ganzen Neunazismus, der die Bundesrepublik verseucht und in der herausfordernden Nachsicht gegen die Kriegsverbrecher (die nach dem 8. Mai 1965 nicht mehr gerichtlich belangt werden sollen) einen besonders bezeichnenden, wenn auch noch etwas schamhaft verschleierte Ausdruck findet. Als ob mit normaler «Rechtsstaatlichkeit», auf die sich die Bonner Regierung bei ihrem Verjährungsbeschluß ebenso beruft, wie es die westdeutschen Gerichte bei so vielen Prozessen gegen hitlerische Massenmörder tun, gegenüber dem Kolossalverbrechertum der Nazi das Geringste auszurichten wäre! Nicht einmal gegen die berüchtigte «Notstandsgesetzgebung» wagt die Sozialdemokratie einen sauberen, entschlossenen Kampf zu führen, so unverschämt damit alle Rechtsstaatlichkeit und alle Demokratie verleugnet wird. All diese Dinge sind für die SPD gänzlich Nebensache; Hauptsache, daß sie bei den nächstjährigen Bundestagswahlen ans Ruder kommt, hat sie in Karlsruhe doch bereits die Regierungsmannschaft zusammengestellt, die Herrn Brandt als dem künftigen Kanzler zur Seite stehen soll, wobei es hinter den Kulissen heftige Kämpfe um Sessel und Ämter gegeben haben soll. An das deutsche Sprichwort haben die Herren anscheinend nicht gedacht, daß die Nürnberger keinen hängen, sie hätten ihn denn . . .

In achtbarer Form steht demgegenüber schon die *britische Labourpartei* da. Sie ist mit zusammengebissenen Zähnen an die Verwirklichung eines Regierungsprogramms gegangen, das keineswegs sozialistisch ist, aber mit der jahrelangen Mißwirtschaft der Konservativen doch entschlossen aufräumen will. Die Folge ist, daß jeder Schritt des Kabinetts Wilson auf den erbitterten und heimtückischen Widerstand der britischen und ausländischen Nutznießer der kapitalistischen «Ordnung» stößt. Besonders deutlich zeigte sich das in einer eigentlichen internationalen Verschwörung gegen die Pfundwährung, in deren Festigkeit unter einer «sozialistischen» Regierung angeblich kein Vertrauen mehr gesetzt werden könne. Das alte und leider bewährte Mittel, das schon früher gegen eine Labourregierung gebraucht wurde! Diesmal ging aber die Flucht aus dem Pfund doch sogar den Hütern der internationalen Währungsfestigkeit zu weit, so daß durch großzügige Kredite auswärtiger Notenbanken an die Bank von England die Vertrauenskrise überwunden werden konnte. Aber für wie lange? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik, auf die sich die Labourregierung festgelegt hat, erfordert doch so starke Eingriffe in die bestehende Ordnung der Dinge, daß neue Angriffe der Geschäftswelt auf

die «Revolutionäre» um Wilson unvermeidlich sind. Und diese Angriffe werden neue Abwehrmaßnahmen nötig machen, die das Gesundheits- und Reformwerk der Labourregierung noch weiter erschweren. Ein richtiger Fehlerkreis! Es wird hart zugehen, wenn sich unter diesen Umständen die Labourmannschaft so lang am Ruder halten soll, bis sie mit Aussicht auf Erfolg Neuwahlen ausschreiben kann!

Wieder anders liegen die Dinge für den Sozialismus in *Italien*. Die Hochkonjunktur flaut immer mehr ab; die Arbeitslosigkeit steigt; ein Skandal löst den anderen ab — kurz, es ist kein Zufall, daß bei den kürzlichen Provinz- und Gemeindewahlen die Parteien der «linken Mitte» — Christlichdemokraten, Sozialdemokraten, Nenni-Sozialisten und Republikaner — ihre Stellungen im ganzen nur schlecht zu halten vermochten. Die Partei Nenni hat ein Fünftel ihrer Stimmen an die neue Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit abgeben müssen, während die Kommunisten einen Wählergewinn aufweisen konnten, der noch bedeutend stärker ausgefallen wäre, wenn die halbe Million Arbeiterstimmen, die ihr sonst vom Ausland her zukommt, diesmal nicht ausgeblieben wäre, weil die Fremdarbeiter nicht so kurz vor der Winterpause auch noch zu den Wahlen in die Heimat reisen konnten. Am auffallendsten sind die kommunistischen Fortschritte in Mittelitalien (Emilia und Romagna, Marken, Toskana, Umbrien), wo der kommunistische Stimmenanteil bis auf 40 Prozent gestiegen ist; in der Provinz Siena besteht sogar bereits eine kommunistische Mehrheit von 53 Prozent. Die Regierung der «linken Mitte» steht jedenfalls auf schwachen Füßen. Wenn sie aber fällt — was dann? Das selbstverständliche Nötige wäre eine Regierung der sozialistischen Linken, die nicht nur Sofortreformen durchführen müßte, wie sie schon jetzt innerhalb der Regierungsparteien erwogen werden — Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, die Bodenspekulation, die Steuerflucht und dergleichen —, sondern einen eigentlichen Umbau des italienischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges vorzunehmen hätte. Von einem solchen Linksregime, das eben die Kommunistische Partei mit einbeziehen müßte, wollen aber die Nenni-Sozialisten so wenig wissen wie die noch mehr verbürgerlichten Sozialdemokraten, so daß die Gefahr einer Schwenkung nach ganz rechts für den Fall eines Sturzes der Regierung Moro zunehmend größer wird. Die bedeutenden Stimmengewinne, die bei den jüngsten Wahlen die sogenannten Liberalen — die Partei des kapitalistischen Bürgertums und der Industrie — gemacht haben, weisen schon jetzt in diese Richtung, auch wenn die Neufaschisten und Monarchisten zu den Verlierern gehören.

Folgen der Amerikanisierung Daß der Sozialismus von den formal noch auf ihn verpflichteten Parteien Westeuropas (und anderer Erdteile) mehr und mehr abgewertet wurde, ist natürlich auf den Umstand zurückzuführen, daß

auch die Arbeiterschaft der betreffenden Länder in den Sog des mächtigen spätkapitalistischen Wirtschaftsauftriebs geraten ist. Zu diesem westeuropäischen «Wirtschaftswunder» hat wesentlich beigetragen, daß der *nordamerikanische Kapitalismus* bei sich zuhause nur mehr ungenügend rasch vorwärtskommt. Die Zuwachsrate der amerikanischen Wirtschaft, die sowieso geringer war als diejenige anderer Industrieländer, sank von 4 Prozent zwischen 1947 und 1957 auf kaum 3 Prozent in den letzten sieben Jahren. Das heißt, daß statt der benötigten 700 000 neuen Arbeitsplätze jedes Jahr nur deren 175 000 dazukamen. Und wenn die Automation so weitergeht wie bisher, werden künftig in den USA nicht weniger als anderthalb Millionen Menschen im Jahr allein aus diesem Grund arbeitslos werden — von den anderen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht zu reden. Mit um so größerer Wucht warf sich darum das amerikanische Kapital auf fremde, meist überseeische Länder, in deren Wirtschaft Milliarden um Milliarden von Dollars hineingepumpt wurden. Am auffälligsten war dieser Vorgang — neben Japan — in *Westdeutschland*, dessen Industrie- und Finanzorganismus aufs stärkste von amerikanischem Kapital durchdrungen ist. *Großbritannien* steht hier der Bundesrepublik nicht viel nach, und noch weniger *Frankreich*. «Je mehr die Franzosen von ihrer ‚Unabhängigkeit‘ von Amerika reden», so hat man gesagt, «desto eifriger machen sie sich amerikanisches Kapital zunutze und genießen die Wonnen des amerikanischen Lebensstils.» Die ganze Unabhängigkeitspolitik de Gaulles droht an dieser Tatsache zu scheitern. In der deutschen Bundesrepublik klammert man sich schon wegen der wirtschaftlichen Verflechtung mit Amerika auch politisch und militärisch so heftig an die Vereinigten Staaten an, und die Sozialdemokraten machen da keine Ausnahme.

Wie stark sich USA-Kapital auch in der *Schweiz* festgesetzt hat, weiß man zur Genüge; man kann es vielleicht am besten in Genf beobachten, das sich reißend schnell amerikanisiert. In *Italien* steht es nicht besser; ein Zweig des Olivetti-Konzerns zum Beispiel ist jetzt ebenso in der Hand der amerikanischen General Electric wie der führende Elektronik-Konzern Frankreichs, die Usines Bull. Und so könnte man weitermachen mit der Aufzählung der europäischen Länder, die mehr und mehr wirtschaftlich und damit auch politisch und gesellschaftlich-kulturell amerikanisiert werden, wobei übrigens *Spanien* nicht vergessen sei, das ja auch militärisch ganz von den Vereinigten Staaten abhängt.

Ein besonders bevorzugter Erdteil für nordamerikanische Kapitalanlagen ist, wie kaum betont werden muß, seit jeher *Lateinamerika*, dessen Auslandskapital zu 80 Prozent aus den Vereinigten Staaten stammt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war zwar Mittel- und Südamerika zugunsten Westeuropas (das «vor dem Kommunismus gerettet» werden mußte) von den USA lange vernachlässigt worden; seit

aber Kuba von den Vereinigten Staaten abgefallen ist, «arbeitet» nord-amerikanisches Kapital neuerdings wieder außerordentlich stark in den mittel- und südamerikanischen Republiken, hat doch Präsident Kennedy die während seiner Regierungszeit gegründete «Allianz für den Fortschritt» für das erste Jahrzehnt ihres Wirkens mit einem Kapital von nicht weniger als 20 Milliarden Dollar ausgestattet.

Wie erfolgreich die amerikanische Geschäftswelt dort arbeitet, hat man in diesem Jahr namentlich in Brasilien gesehen. *Bolivien* hat letzthin ein weiteres Beispiel geliefert. Präsident Paz Estenssoro, der seinerzeit mit einem Programm sozialer und politischer Reformen gewählt worden war und unter anderem die Zinnindustrie verstaatlicht hatte, wuchs sich in den letzten Jahren allmählich zu einem sehr eigenwilligen Diktator aus und rief in den vergangenen Herbstmonaten eine aus den verschiedensten Gruppen — Bergarbeiter, Bauern, Offiziere usw. — zusammengesetzte Widerstandsbewegung gegen sich auf den Plan, die ihn Anfangs November nach blutigen Unruhen zur Flucht nach Peru zwang. Daß dabei nordamerikanische Kapitalinteressen eine bedeutende Rolle spielten, unterliegt keinem Zweifel. Auf jeden Fall ist es mit weiteren sozialen und wirtschaftlichen Reformen vorbei. Die Regierung ist in der Hand einer Offiziersgruppe, die merkwürdigerweise von den «revolutionären» Bergarbeitern und Bauern ebenso unterstützt wird wie von der reaktionären Falange, aber sich ganz auf die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten (etwa 24 Millionen Dollar im Jahr) angewiesen glaubt und darum einen ausgesprochenen konservativen Kurs zu steuern gezwungen ist.

Weltplan und Abrüstung Gegen die koloniale Ausbeutung *Latinamerikas* durch die Vereinigten Staaten, die in Arbeitsgemeinschaft mit den einheimischen Oberschichten vor sich geht, ist vorerst wenig auszurichten — solange wenigstens die niedergehaltenen Völker nicht den Weg Kubas gehen. Und gegen die Beschreitung dieses Weges richtet sich ja die ganze organisierte Geld- und Militärmacht Nordamerikas. Kuba selber muß immer noch hart gegen den von Washington ausgehenden Versuch kämpfen, seine Revolution zu erdrosseln.

In *Europa* wird dem Eroberungszug des USA-Kapitals ebenfalls nicht Einhalt getan werden können, solange die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (mit dem Vertrag von Rom als Grundlage), die die Vorherrschaft des Kapitalismus sichern soll, weiterbesteht und fortwährend ausgebaut wird. «Die Lage», so bemerkt K. S. Karol im «New Statesman» (27. November), «könnte gewandelt werden, wenn der Vertrag von Rom durch eine sozialistische Auffassung ersetzt würde, gestützt auf Wirtschaftsplanung, Gemeineigentum, soweit das zweckmäßig ist, und die Beteiligung der Gewerkschaften sowie anderer Organisationen der Arbeiterschaft an ihrer Durchführung. Ein

Europa dieser Art könnte mit den Vereinigten Staaten auf dem Fuß vollständiger wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit verhandeln. Es könnte den gegenwärtigen Zug zur Amerikanisierung eines Gemeinsamen Marktes, der nach Freihandelsgrundsätzen betrieben wird, in sein Gegenteil verkehren.» Aber das festzustellen, heißt zugleich sagen, daß bei den herrschenden Machtverhältnissen an eine solche Revolution in Westeuropa nicht zu denken ist.

In *Afrika* sind die Aussichten, den alten und neuen Imperialismus abzuschütteln etwas größer, seit der Großteil der afrikanischen Völker wenigstens die politisch-rechtliche Unabhängigkeit gewonnen hat. Wie leidvoll und opferreich der Befreiungskampf des Schwarzen Erdteils aber dennoch ist, lehrt die Entwicklung im *Kongo*, die in den letzten Wochen die Weltöffentlichkeit so stark beschäftigt hat. Die belgisch-amerikanische Rettungsunternehmung in Stanleyville war gewiß notwendig, wollte man nicht die Hunderte von Weißen, die die Gegner des Regimes Tschombe gefangen hielten, der restlosen Abschachtung überantworten.* Aber damit ist eben das Kongoproblem noch lange nicht gelöst; vielleicht ist es eher noch schwerer lösbar geworden, als es vorher schon war. Es wäre ja gänzlich verfehlt, die Zentralregierung in Léopoldville einfach als die Kraft der Ordnung, des Rechts und der friedlichen Entwicklung des Kongos zu bezeichnen und ihre Gegner als zuchtlose Rebellenhaufen, die mit allen Mitteln zu Paaren getrieben werden müßten. Hinter Tschombe und seiner Partei stehen die ausländischen — belgischen, britischen, amerikanischen — Nutznießer des wohlbekannten Kolonialkapitalismus, dessen Überwindung das rechtmäßige Ziel der «Rebellen» ist, so grausam auch ihre Kampfmittel sein mögen. Und daß sie ausländische Hilfe annehmen, wo sie diese nur immer finden können — sei es auch bei den Chinesen —, das können ihnen die Tschombe & Co. so wenig verübeln wie ihre überseeischen Gönner und Helfer. Da die Vereinten Nationen — zum Teil wegen des Widerstrebens der Sowjetunion — seit ihrem Rückzug aus dem Kongo nichts mehr mit dem unglücklichen Land zu tun haben wollen, obliegt es jetzt vor allem der «Organisation der Afrikanischen Einheit», sich tatkräftig und verantwortungsvoll der freilich fast hoffnungslosen Aufgabe anzunehmen, den Kongo aus dem fürchterlichen Chaos herauszuführen, in das es die Belgier mit ihrem übereilten offiziellen Abzug aus dem Kongo ganz bewußt gestürzt haben.

Asien und seine Entwicklungsprobleme bieten vielleicht die meisten Aussichten für ein planmäßiges, erfolgreiches Eingreifen der so ge-

* Nach glaubhaften Berichten haben die Regierungstruppen, mit den weißen Söldnern an der Spitze, bei ihrem Vormarsch auf Stanleyville noch ungleich schwerere und ausgedehntere Greueltaten begangen als die Aufständischen, die durch den Angriff auf ihre Hauptstadt von Panik ergriffen wurden und etwa hundert Weiße rache-dürstend ermordeten.

nannten fortgeschrittenen, zivilisierten Länder. Wir denken dabei vor allem an *Indochina*, wo offenbar gerade jetzt die Entscheidung über Krieg und Frieden heranreift. Wird die Regierung der Vereinigten Staaten dem Drängen der Militärs nachgeben und zum großen Schlag gegen Nordvietnam — das heißt also auch gegen China — ausholen? Oder wird sie «nur» in Südvietnam selber mit massiven Verstärkungen einen Kolonialkrieg fortsetzen, der keine Hoffnung auf Sieg bietet? Wird sie gar — was so gut wie undenkbar ist — einfach den Rückzug aus Vietnam antreten und damit Südostasien überhaupt preisgeben? Eine sehr rasch einzuberufende neue Indochinakonferenz könnte den USA helfen, eine Lösung zu finden, die nicht viel «Verlust an Gesicht» kosten würde. Aber wird sich die Versammlung der Vereinten Nationen, die soeben in Neuyork zusammengetreten ist, zu dem Entschluß aufraffen, mit Einsatz ihrer ganzen Autorität endlich in Vietnam einzugreifen und den blind waltenden Kräften entgegenzutreten, die nur immer neues Unheil zu zeugen imstand sind?

Auf die Länge stellt aber wohl *Indien* die wirtschaftlich höher entwickelten Völker vor die größte Aufgabe. Die jüngste Hungersnot im Staat Kerala, deren ärgste Formen durch tatkräftige Maßnahmen der Zentralregierung für den Augenblick überwunden zu sein scheinen, erinnert die Welt aufs neue daran, daß ohne großzügige, weltumfassende Hilfe auf Jahre hinaus Millionen und Abermillionen von bettelarmen Menschen in Indien zum Tod durch lebenslange Unterernährung verurteilt bleiben. Wo aber die Mittel dazu hernehmen? Wir sehen keinen anderen Weg als den *Verzicht* auf die gänzlich widersinnigen, ja schlechterdings verbrecherischen *Militärrüstungen*, das heißt also auf den Kalten Krieg. Indien selbst hat, wie kürzlich Krishna Menon, der frühere Verteidigungsminister unter Nehru, an einer privaten Weltkonferenz für Frieden und Verständigung in Delhi wiederholte, wenigstens auf die Beteiligung am atomaren Wettrüsten verzichtet. Gleichzeitig will es aber seine Armee innert fünf Jahren völlig modernisieren und auf den Stand von 825 000 Mann bringen. Kann Indien das verantworten? Setzt sich im indischen Volk nicht die Erkenntnis durch, das die «Bedrohung durch China» eine nationalistische Propagandalüge ist, wie an dieser Stelle mehr als einmal dargelegt wurde? Und hilft die übrige Welt nicht mit, durch Absage an die antikommunistische Rüstungstreiberei den Kalten Krieg auf breitester internationaler Front zu beendigen und dadurch die Mittel und Kräfte freizumachen, um mit der Bannung des Hungergespens in allen «zurückgebliebenen» Ländern auch in Indien das über alle Vorstellung entsetzliche Massenelend auszurotten? Man lese wieder, was Professor Bernal, der weltbekannte englische Forscher und Friedenskämpfer, in seinem Buch «Welt ohne Krieg» uns zu Gemüte führt:

«Würde der Kalte Krieg bald — in zwei oder drei Jahren — beendet werden, so könnte die Menschheit zehn Jahre danach ihre

größten Schwierigkeiten überwunden haben. Bis dahin würden die heutigen unterentwickelten Länder gute Fortschritte auf dem Wege zur Industrialisierung und zur Schaffung einer gebildeten und technisch versierten Bevölkerung erzielt haben. Nach weiteren dreißig Jahren — im günstigsten Falle nach zwanzig und im ungünstigsten Falle nach sechzig Jahren — hätten alle Länder die Phase der modernen wissenschaftlichen Industrie erreicht, die sich die ganze Zeit über in den älteren Industrieländern entwickeln würde. Der Prozeß der Niveaueausgleichung könnte sicher nach einem Jahrhundert beendet sein.»

Ein Traum — und nicht einmal ein schöner, werden nach berühmtem Vorbild die «Realisten» und Gewaltgläubigen sagen. In Wahrheit ist der einzige Realismus, der heute gefordert ist, die Erkenntnis, daß beim Fortgang des Wettrüstens und der ganzen trostlos gottfernen Lebensweise, die dahinter steht, mehr Gründe für den Ausbruch eines Kernwaffenkrieges sprechen als dagegen. Mögen sich alle denkenden Menschen, wenn sie nun bald wieder die Weihnachtsglocken hören und an die evangelische Friedensbotschaft erinnert werden, dieser Sachlage bewußt sein und sich in ihrem Gewissen fragen, was sie im neuen Jahr tun können, um das über uns schwebende Unheil abzuwenden, auch wenn es nur ein ganz bescheidener Beitrag dazu wäre. Millionen Tropfen geben schließlich doch einen Strom!

4. Dezember

Hugo Kramer